

Sächsische Volkszeitung

Erste Ausgabe nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgebühren).
Verlags- und Druckerei: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudamm-Str. 11-12.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudamm-Str. 11-12.
Druck: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudamm-Str. 11-12.

Die Annahme der Flottenvorlage.

Wohl selten hat ein Minister so rasch ein weittragendes Gesetz zur Annahme gebracht, als Herr von Tirpitz das Flottengesetz. Die Annahme war eine fast einmütige; daß die Sozialdemokraten widersprachen, ist selbstverständlich. Aber alle bürgerlichen Parteien stimmten zu. Die freisinnige Volkspartei hielt die Vermehrung für absolut geboten, sie nahm nur an der gesetzlichen Bindung Anstoß, obwohl diese doch nur die Konsequenz des Flottengesetzes von 1900 ist. Aus der verhältnismäßig raschen Verabschiedung darf aber nicht geschlossen werden, als habe es die Budgetkommission leicht genommen und die erforderliche Prüfung unterlassen. Mitnichten! Die Marineverwaltung selbst sorgte für so gutes Material zur Begründung, daß lange Debatten gar nicht mehr notwendig wurden; es galt nur, noch einige Punkte aufzuklären und festzustellen. Wenn die Mittelungen des Marineministers auch streng vertraulich waren, so viel ist in die Öffentlichkeit gedrungen, daß aus ihnen hervorging, unsere schon bestehende Flotte kann sich sehen lassen, und es ist unklar und wirkt verheerend, wenn man sie als aus schwimmenden Särgen" zusammengefaßt bezeichnet.

Die Vermehrung der Auslandschiffe um sechs große Kreuzer, von denen jeder 27,5 Millionen Mark kostet, war schon 1900 gefordert worden; aber schon damals wurde ausgeführt, daß ihr Bau erst im Jahre 1906 zu beginnen habe. Auf Antrag des Zentrums lehnte damals der Reichstag diese Forderung ab; man sagte sich ganz allgemein, daß kein Bedürfnis vorliege, sich schon 1900 für das zu binden, was erst 1906 im Bau begonnen werden soll. Damals sollten diese sechs Schiffe auch lediglich für den Auslandsdienst verwendet werden, das heißt zum Schutze des Handels. In der Budgetkommission vertraten nun die Zentrumsabgeordneten den Standpunkt, daß ein solcher Schutz des Handels gar nicht nötig sei und in ersten Zeiten auch nicht durchgeführt werden könne, man könne nicht jedem Handelschiff ein Kriegsschiff mitgeben. Sollten aber die deutschen Interessen öfters die Einsandung eines Kriegsschiffes erheischen, so genüge es, wenn dieses aus der schon vorhandenen Materialreserve oder der Reservebeschaffung entnommen werde. Kummere führte die Marineverwaltung ins Feld, daß die jetzt geforderten, sehr großen und sehr schnellen Kreuzer aber noch eine ganz andere Aufgabe haben; sie bilden ein Dispositionsgeschwader, das im Ernstfalle von hoher Bedeutung ist und einen wesentlichen Teil unserer Schlachtkräfte bildet. Dieses kleinere und rasch fahrende Geschwader kann den Gegner beunruhigen, zwingt ihn, seine Streitkräfte zu verteilen und entlastet so unsere Stellung in der Nordsee. Wie die Armee ihre Kavalleriedivisionen hat, die in wichtigen Momenten die Entscheidung herbeiführen, so bilden die Panzerkreuzer die „Kavalleriedivision des Meeres“, sie haben ganz denselben Zweck und sind für uns unentbehrlich. Die anderen Mächte besitzen schon längst solche Kreuzer und zwar in einer Anzahl, die ganz so groß ist, wie die Zahl der Linienschiffe selbst. Bei uns aber kommt erst auf drei Linienschiffe ein großer Kreuzer. Die Forderung stellt sich somit als eine Kriegsforderung dar, absolut geboten zur Verteidigung des Vaterlandes und fand deshalb auch die große Mehrheit. Es ist das erste Mal, daß alle bürgerlichen Parteien zustimmten.

Die Vergrößerung der Linienschiffe ist die zweite Forderung; während seither ein Linienschiff 24 Millionen Mark kostete, soll ein neues auf 30,5 Millionen Mark zu stehen kommen. Weshalb eine solche Vergrößerung? Deutschland folgt hier nur den Spuren anderer Mächte; bisher hatten unsere Linienschiffe 13 200 Tonnen Verdrängung; England, Frankreich, Amerika und Japan besaßen bereits weit größere Schiffe, solche mit 16 800 Tonnen. Diese größeren Schiffe aber gefast es vor allem, auch größere Kanonen aufzustellen und damit eine Waffe zu geben, die fürchtbar wird. In der Seeschlacht von Tsushima hat man es bereits erlebt. Die Russen hatten kleinere Schiffe mit kleineren Kanonen; die Japaner waren ihnen in beiden überlegen und der Erfolg? Ehe die Russen selbst abschießen konnten, waren sie eigentlich schon verloren! Man halte sich nur einmal die Wirkung einer solchen Kanone vor Augen. Auf eine Entfernung von 7000 Meter durchschlägt sie noch den stärksten Panzer wie Papier; ehe die Schiffe sich also nur recht sehen und wie kleine Punkte am Horizont sich ausnehmen, beginnt schon das Geschützfeuer. Sie werden sich sehr selten näher als auf 3000 Meter kommen, weil eine solche große Kanone jede Minute einen Schuß abgibt. Wer also mit seinem Geschütz im Rückstande ist, ist unbedingt verloren. Da gibt es kein Zurückbleiben, und wenn die Kosten noch so hoch sind, sie müssen bewilligt werden. Angesichts solcher Verhältnisse ist die Vergrößerung der Linienschiffe auch nach einigen hochinteressanten Mitteilungen des Marineministers glatt bewilligt worden. So wenig wir unsere Soldaten mit alten Vorderladern aus dem Jahre 1813 in den Krieg senden können, ebensowenig dürfen wir unsere Schiffe mit überlebtem Material ausfatten.

Der Flottenverein mit seiner bestigen Agitation hat eine fürchtbare Abfuhr in der Budgetkommission erfahren; diejenigen Mitglieder derselben, die dem Flottenverein angehören, haben sich am schärfsten von ihm losgesagt, niemand sprach ein Wort der Verteidigung. Er mußte sich direkt sagen lassen, daß seine Art des Vorgehens höchst unklar und verheerend sei. Das Zentrum ließ noch einen Vorbehalt aussprechen; es stellte natürlich die Deckungsfrage in den Vor-

dergrund und erklärte, daß es alle Forderungen nur annehme in der Voraussetzung, daß in der Steuerkommission sich die erforderlichen Gelder finden werden, ohne daß § 6 des Flottengesetzes geändert werde. Der Marineminister steigt infolge der Verabschiedung der Vorlage um rund 100 Millionen Mark bis zum Jahre 1917; das sind große Opfer, aber sie sind im Interesse der Vaterlandsverteidigung absolut nötig und eine Rückversicherung für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Deutscher Reichstag.

L. Berlin. 62. Sitzung am 10. März 1906.

Der Reichstag ehrte heute zuerst das Andenken des heute früh verstorbenen Abg. Eugen Richter, an dessen Platz ein Kranz mit Trauerschleife hängt. Der Nachruf des Präsidenten war besonders herzlich und anerkannte die großen Verdienste des Verstorbenen um des Reichs Ehre und Macht an. Dem neuen Fraktionschef Dr. Müller-Sagan wurde allseitig kondoliert. Dann wurden in raschem Tempo der Etat der Reichsdruckerei und der Reichseisenbahnen erledigt. Bei letzterem anerkannte der Abgeordnete Erzberger (Zt.), was an Fortschritten für das Personal geschehen ist. Beim Kapitel Reichseisenbahnen suchte der Abg. Stolte (Soz.) die häufigen Unglücksfälle auf allzu große Sparsamkeit seitens der Verwaltung zurückzuführen. Der Chef des Reichseisenbahnamtes konnte ihm aber nachweisen, daß die Zahl der Unfälle stets abgenommen habe. Am Montags ist Fortsetzung.

Politische Rundschau.

Dresden, den 12. März 1906.

— Heute vollendet der greise Prinzregent Luitpold von Bayern sein 85. Lebensjahr in voller geistiger und körperlicher Frische. Prinz Luitpold, der Verweser des Königreichs Bayern, ist am 12. März 1821 geboren. Seine Gemahlin, Erzherzogin Auguste von Oesterreich, starb 1864. Als Onkel des geistesgestörten, in Fürstentried internierten Königs Otto, übernahm Prinz Luitpold vor wenigen Jahren die Regierungsgeschäfte, die er bis heute zum Segen des gesamten Bayernlandes geführt hat. „Salus publica suprema lex“ ist stets der Wahlspruch des allgemein verehrt und beliebten Fürsten und heute wünschen wir mit unseren bayrischen Nachbarn: Gott segne Prinzregent Luitpold und schenke ihm einen frohen Lebensabend!

— Zu seinem 85. Geburtstag empfing der Prinzregent von Bayern am Sonntag eine größere Zahl von Gratulanten, unter diesen mehrere Mitglieder der königlich-herzoglich-bayerischen Familie. Nachmittags fand im Residenzschlosse eine Familien- und Salatsel statt. Zahlreiche Glückwünsche von Fürstlichkeiten sind bereits eingelaufen.

— Das preussische Herrenhaus befaßte sich am 9. d. M. mit dem Gesetzentwurf über die Verschuldungsgrenze der land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Landwirtschaftsminister von Boddielski gab dem Entwurf ein Geleitwort auf den Weg und wies darauf hin, daß derselbe vorerst einen Versuch darstelle, indem er die Verschuldungsgrenze nach oben setze. Herr von Boddielski meinte, daß die neue Erbschaftsteuer den Landwirten mehr nehme, als durch dieses Gesetz an Wohlstand der Landwirtschaft zuzufleße, während der frühere Kölner Oberpräsident von Hamm daselbst als erfolglos hinstellte, meinte Oberpräsident von Schorlemer, daß der Versuch mit demselben immerhin ein anerkannter sei. — Das Haus vertagte sich bis zum 27. März.

— Das preussische Abgeordnetenhaus hat am 9. d. M. zuerst des Ablebens des Abgeordneten Richter gedacht. Der konservative Führer von Geydbrandt hielt eine sehr ehrende Rede. Dann wurde der Eisenbahnetat weiter beraten. Der Abgeordnete Marx (Zentr.) sprach seine Freude über die Einführung des Urlaubs für die Arbeiter in den Werkstätten aus und wünschte Vorsehung für die Beamten; ihm schloß sich der Abgeordnete Hohensiel (Zentr.) an. Der Zentrumsabgeordnete von Savigny anerkannte die wohlthätige Wirkung der Arbeiterausschüsse und der Abgeordnete Fassbender (Zentr.) betonte die Notwendigkeit der Förderung der Antifabrikanten der Eisenbahnangestellten im Interesse der Beamten. — Montag folgt die Weiterberatung.

— Die Kammer der bayerischen Abgeordneten hat die Forderung betreffend die Einrichtung einer Feldzeugmeistererei genehmigt.

— Eugen Richter †. In Eugen Richter hat das deutsche Parlament einen seiner bedeutendsten Parlamentarier verloren. Fast 40 Jahre hindurch hat er sich dem politischen Leben gewidmet. 1864 wurde Richter von der preussischen Regierung als Bürgermeister von Neumied nicht bestätigt und trat, weil er gegen seinen Wunsch der Bromberger Regierung überwiesen wurde, Ende 1864 aus dem Staatsdienst, um sich in Berlin vollständig der publizistischen und parlamentarischen Tätigkeit zu widmen. Die letztere begann er als Vertreter des Kreises Nordhausen 1867 im konstituierenden Norddeutschen Reichstag; 1871 wurde er von Schwarzburg-Rudolstadt und 1874 vom Kreise Sagen in den deutschen Reichstag gewählt, dem er seitdem ununterbrochen angehörte. Auch im preussischen Abgeordnetenhaus, in das er zuerst 1869 gewählt wurde, vertrat er seit 1870 den Wahlkreis Sagen (nur 1879 bis 1882 Berlin IV); 1893 aber unterlag er dort, wurde aber in Berlin II gewählt. Als Mitglied der Fortschrittspartei gelangte Richter

bald zu größerem Einfluß. 1882 begründete er die bis 1890 erschienene Wochenschrift „Der Reichsfreund“, 1885 die „Freisinnige Zeitung“, die er bis vor kurzem leitete. Vermöge seiner ausgezeichneten rednerischen Gewandtheit und Schlagfertigkeit und seiner umfassenden Kenntnisse auf finanziell-politischem Gebiete hat Richter jahrelang bei den Etatsberatungen im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus eine wichtige Rolle gespielt. Er war der beste Kenner des Etats, wie dies von hervorragenden Staatsmännern anerkannt wurde und anerkannt werden mußte. Richter war der geborene Oppositionsmann, das mußte in erster Linie Fürst Bismarck fühlen, der in Richter einen seiner gefährlichsten Gegner fand. Diese Gegnerschaft ging schließlich so weit, daß es bekanntlich eine Zeitlang Regel war, daß Bismarck den Saal verließ, wenn „der Abgeordnete für Sagen“ (Richters Wahlkreis) zu sprechen begann. Ein wirklich freisinniger, stand Richter dem Kulturkampf fern; die Flotten- und Kolonialpolitik fand an ihm einen hartnäckigen Gegner. Die Sozialdemokratie mit Veblen an der Spitze bekam von dem intellektuell hochstehenden Freisinnsmann manchen empfindlichen Streich zu spüren; in Wort und Schrift kämpfte Richter gegen die rote Internationale. Während er bis zuletzt dem Reichstage angehörte, hat er ein Mandat im Abgeordnetenhaus ungefähr zur selben Zeit wie die Redaktion seiner „Freisinnigen Zeitung“ krankheitshalber niedergelegt. Dieser Krankheit, die sich in den letzten Tagen verschlimmerte, ist Eugen Richter nun erlegen, ein unerklärlicher Verlust für seine Partei. Seiner Charakterfestigkeit, seiner Ueberzeugungstreue, seiner Opferwilligkeit für die von ihm unentwegt vertretene Sache wird auch in Zentrumskreisen stets ein dankbares Gedenken bewahrt bleiben.

— Die Hebe gegen das Zentrum entspinnt sich auf neue, seitdem bekannt geworden ist, daß dieses beschloffen hat, das Reichskolonialamt nicht zu genehmigen. Wir können die Meldung, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt ist, nur bestätigen. Sachliche Gründe lassen sich gegen die Stellung des Zentrums gar nicht ins Feld führen; diese ist unauferheblich. Für den heutigen Zustand der Verfassung der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amte spricht gar alles, kein durchschlagender Grund läßt sich für eine Auflösung ins Feld führen, vielmehr erheben sich die schwersten Bedenken gegen ein selbständiges Kolonialamt, wie wir des öfteren dargelegt und heute nicht wiederholen wollen. Die liberale Presse selbst kann gegen diese sachlichen Gründe nicht aufkommen; sie sucht nun den Streit auf das persönliche Gebiet hinüberzuziehen und schreibt, daß die Person des Erbprinzen Hohenlohe die Ursache dieser ablehnenden Haltung des Zentrums sei; das ist eine böswillige Verleumdung. So schreibt jetzt die „Nat.-Ztg.“: „Wir möchten nun daran erinnern, daß der Abgeordnete Erzberger unmittelbar nach der Berufung des Erbprinzen zu Hohenlohe an die Spitze der Kolonialverwaltung seinen Wahlkreis bereit und dabei nach zuverlässigen Zeitungsberichten eine Reihe von Reden gehalten hat, in denen er unter anderem gegen den Erbprinzen Hohenlohe dadurch bei seiner Wählerchaft Stimmung zu machen versuchte, daß er gegen ihn den Vorwurf erhob, er sei der Sohn eines der Führer des Evangelischen Bundes.“ Gegenüber dieser Fälschung sind wir in der Lage, folgendes festzustellen: Der Abgeordnete Erzberger hat nie gegen den derzeitigen Leiter der Kolonialabteilung den Vorwurf erhoben, daß er der Sohn des Führers des Evangelischen Bundes sei; er hat vielmehr folgendes ausgesprochen: Er stehe dem neuen Leiter der Kolonialpolitik vollkommen objektiv gegenüber; er wolle keine schönen Worte hören, sondern Taten sehen; letztere sind entscheidend. Auffallend sei es, wie die liberale Presse jetzt schon den neuen Kolonialdirektor über den grünen Alee lobt und wenn man frage, woher denn das Interesse derselben für die Kolonien stamme, so habe man bisher immer nur die Antwort gehört, daß der Erbprinze von Hohenlohe der Sohn des ersten Vorsitzenden der Kolonialgesellschaft sei, weiter nichts. Man sollte sich aber doch hüten, diesen Umstand so sehr in den Vordergrund zu stellen, sonst könnte man sich auf katholischer Seite auch erinnern, daß derselbe Vater der erste Vorsitzende des Evangelischen Bundes gewesen sei. Aber für das Zentrum sei dies gar nicht maßgebend; es richte sein Verhalten lediglich nach sachlichen Gründen ein. Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst sei früher der schärfste Gegner des Zentrums gewesen und als er Reichskanzler geworden sei, hat das Zentrum diese frühere Gegnerschaft keinen Augenblick in den Vordergrund gestellt, sondern mit dem dritten Reichskanzler zum Wohle des Vaterlandes gearbeitet, nachdem es sich überzeugt hatte, daß derselbe eine gute Politik verfolgte. So werde sich auch das Zentrum in der Kolonialpolitik verhalten; nicht um Personen handle es sich, sondern stets um sachliche Gründe. Die „Wahrung der Personalien“ sei allerdings eine rein spezifisch nationalliberale Aufgabe! Nun vergleiche man diese dem Tatbestand entsprechende Darstellung mit dem, was die „Nat.-Ztg.“ daraus zu machen beliebte. Man sieht auch hier wieder, wie die liberale Presse in der Verdrechungskunst Meister ist!

— Zur Frage der Tageselder für Reichstagsabgeordnete gehen allerhand Mitteilungen durch die Blätter, die zum Teil frei erfunden sind, zum Teil auf Vermutungen beruhen. So wird behauptet, die Tageseldevorlage werde dem Reichstag erst am Schlusse der jetzigen oder am Anfang der nächsten Session beschäftigen. In künftigen Kreisen nimmt man vielmehr an, daß die Vorlage bald nach der Osterpause dem Hause zugehen werde. Eine Verzögerung bis zum Ende der Session würde ja auch dem unmittelbaren

Photograph.
von 12 Bild
30 Mk. an.
Bilbern.
ria-Salon.
raph.
891
tr. 20,
kel, als
änder,
Hasken-
Damen-
ümpfen,
Artikel.
el
gel
lleisten
würfen
Billiche
ngquelle.
ine. Keine
died. Briefe
f, welche auf
mie. Gohert
! Au Kunst
ich ausgest.
okstr. 44.
waren
straße 4
fleisch
ohl er
hatte
Der im
weinen
jungs-
seiner
ft den
lobnes
hatte
abge-
orten
des Ge-
Trän-
waren
senen
hielt
tragi-
richte-
er an-
bedürf-
etwas
annte
: Un-
ngen
Ich
ab er
d erit
a der
Un-
Ver-
einem
er mit
wie
Sie
einer
et an
stfeld
gefah-
inter
große